



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

**Informationen zum
Doppelten Abiturjahrgang 2012**

Einführung von G 8 und doppelte Abiturjahrgänge

(Stand: März 2008)

	Einführung G 8	Doppelter Abiturjahrgang
BW	Schuljahr 2004/05	2012
BY	Einführung: zum Schuljahr 2004/05 beginnend mit den Jahrgangsstufen 5 und 6	2011
BE	Mit dem Schuljahr 2007/08 im Jg 7.	2013.
BB	Schuljahr 2006/2007 in Jahrgangsstufe 7 in Gymnasien	2012
HB	Schuljahr 2004/2005 in Jahrgangsstufe 5	2012
HH	Im Jahre 2002 in Jahrgang 5	2010
HE	Einführung von G8 (Gymnasien und Gymnasialzweige Kooperativer Gesamtschulen) in drei Etappen: 1. Etappe: Schj. 2004/05: ca. 10% der Schulen 2. Etappe: Schj. 2005/06: ca. 60% der Schulen 3. Etappe: Schj. 2006/07: ca. 30% der Schulen	Verstärkte Abiturjahrgänge werden in den Jahren 2012, 2013 und 2014 auftreten. (Die Schülerschaft der gymnasialen Oberstufen rekrutiert sich zu 80% aus Absolventen der gymnasialen Mittelstufenschulen und zu 20% aus Absolventen Integrierter Gesamtschulen bzw. Realschulen.)
MV	Einführung: Landtagsbeschluss 2002/ Rechts-umsetzung 2005 (5. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes)	2008
NI	Ab 2004/05 mit den Klassen 5 und 6 (per Schulgesetz vom 01.08.2003)	2011
NW	Seit 2005/06	2013
RP	Die ersten Gymnasien starten mit G8 zum Schuljahresbeginn 2008/09.	
SL	Schuljahr 2001/2002	2009
SN	Das 8jährige Gymnasium besteht in Sachsen seit der Bildung der Gymnasien im Jahr 1992. Es gibt keine Doppeljahrgänge.	entfällt
ST	Im Schuljahr 2003/2004 mit den Schuljahrgängen 5, 6, 7 und 8 (Stundenaufwuchs im 8. bis 10. Schuljahrgang bis zum Schuljahr 2005/2006)	2007
SH	2008/09	2016
TH	Seit 1991 (entsprechend der Tradition)	entfällt

Informationen zum Doppelabitur 2012: Aspekte

Berufliche Gymnasien

Für das Schuljahr 2009/2010 bewerben sich zeitgleich Gymnasiasten aus dem "Doppeljahrgang" des acht- und des neunjährigen Bildungsgangs am allgemein bildenden Gymnasium nach Klasse 10 für die Aufnahme in die Eingangsklasse der beruflichen Gymnasien.

Für das Schuljahr 2009/2010 können zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine verlässlichen Aussagen über die Bewerberlage an den beruflichen Gymnasien gemacht werden; doch ist damit zu rechnen, dass wegen der zu erwartenden hohen Bewerberzahlen die Nachfrage nach Schulplätzen an beruflichen Gymnasien das derzeit bestehende Angebot übersteigen wird. Das Kultusministerium ist sich dieser besonderen Situation an den beruflichen Gymnasien für das Schuljahr 2009/2010 bewusst. In den Bedarfsplanungen ist daher vorgesehen, nach Vorlage der konkreten Anmeldezahlen von Schülerinnen und Schülern an den beruflichen Gymnasien und unter Beachtung der örtlichen Situation den tatsächlichen Bedarf bei der Zuweisung von Lehrerwochenstunden an die beruflichen Gymnasien zu berücksichtigen.

Curriculare Schnittmengen

Der doppelte Abiturjahrgang ergibt sich aus der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Gymnasiums ab dem Schuljahr 2004/2005 in Baden-Württemberg und weiteren Bundesländern. Im Jahr 2012 werden der letzte Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums und der erste Jahrgang des achtjährigen Gymnasiums das Abitur ablegen. Beide Jahrgänge werden bereits auf der Kursstufe zusammengeführt; auch die Abiturprüfung wird nicht getrennt nach G9- und G8- Schülern gestaltet, sondern es wird im Abitur 2012 eine gemeinsame Prüfungsaufgabe für die beiden Jahrgänge geben. Das Kultusministerium hat bereits verschiedene Schritte der Vorbereitung eingeleitet.

Inhaltlich wird die curriculare Grundlage in allen Fächern der schriftlichen Abiturprüfung 2012 eine Schnittmenge des verpflichtenden Kursstufen- bzw. Bildungsplans sein. Diese curricularen Schnittmengen werden als "Ergänzende Hinweise" in den Schwerpunktthemenerlass Abitur 2012 aufgenommen. Dieser wird so rechtzeitig erstellt und versandt, dass er den Gymnasien vor Eintritt des Doppeljahrgangs in die Einführungsphase der Oberstufe mit Beginn des Schuljahrs 2009/2010 vorliegt. Damit ist sichergestellt, dass sich die Gymnasien ausführlich und ohne Zeitdruck auf die gemeinsame Kursstufe und die Abiturprüfung 2012 vorbereiten können. Keiner der beiden Jahrgänge wird bevorzugt oder benachteiligt werden.

MWK

Gerne informieren wir in Absprache mit dem zuständigen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch über die Schritte, die das Land Baden-Württemberg

zur Erweiterung der Studienangebote für die Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs 2012 eingeleitet hat. Um die Zulassungschancen dieser Absolventen zu sichern, benötigen die Hochschulen und Berufsakademien des Landes in den Jahren 2012 und 2013 etwa 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze. Ein Ausbau in diesem Umfang erfordert erhebliche finanzielle Anstrengungen des Landes. In den Jahren der Spitzenbelastung wird das Land bis zu 150 Mio. Euro jährlich für die erforderlichen Ausbaumaßnahmen einsetzen. Zu Ihren Fragen im Detail:

1.) Entwicklung der Studienanfängerzahlen

Seit 1998 haben wir einen kontinuierlichen Anstieg der Studienberechtigten, der sich bis 2011 fortsetzt. Die für die gegenwärtige Nachfrage notwendigen Studienplätze stehen zur Verfügung, das belegen die 2007 nicht vollständig in Anspruch genommenen Studienplätze. Wir haben im Augenblick also sogar noch etwas Spielraum - allerdings nur bei den Universitäten.

Der von 2007 bis 2012 nach der amtlichen Statistik zu erwartende Zuwachs an Studienberechtigten beträgt exakt 29.100. Diese 29.100 zusätzlichen Studienberechtigten beginnen jedoch nur zum Teil gleich 2012 ein Studium. Sie verteilen sich auf mehrere Jahre - aus ganz unterschiedlichen Gründen, bei jungen Männern unter anderem wegen der Wehrpflicht oder des Ersatzdienstes. Nach dem heutigen Erfahrungswert nehmen im ersten Jahr des Schulabschlusses nur rund 35 bis 40 Prozent des Altersjahrgangs sofort ein Studium auf. Das wären 2012 etwa 10.000 bis 11.700 zusätzliche Studienanfänger. Es stehen dann immer noch 4.300 bis 6.000 Studienanfängerplätze für Studienanfänger zur Verfügung, die in den Vorjahren ihre Studienberechtigung erworben haben.

Man darf nicht den Fehler machen, die Zahl der Berechtigten eines Absolventenjahrgangs ausschließlich und vollständig dem jeweiligen Studienjahr zuzuordnen. Es gibt vielmehr eine Verteilung eines Alterjahrgangs beim Studienbeginn über eine ganze Reihe von Jahren. Das Wissenschaftsministerium ist davon ausgegangen, dass 75 Prozent der Studienberechtigten ein Studium aufnehmen. 50 Prozent der Studierwilligen lösen ihre Studienberechtigung im Jahr des Schulabgangs ein. Damit werden von den zusätzlichen Schulabgängern des Jahres 2012 voraussichtlich nur 37,5 Prozent bereits im Jahr 2012 an eine Hochschule oder Berufsakademie gehen. Das Statistische Bundesamt beziffert den Anteil der Studienberechtigten, die im Jahr des Schulabgangs ein Studium aufnehmen, mit 31 bis 33 Prozent, allerdings ohne die Übergänge an die Berufsakademien. Das sind keine Soll-, sondern Istquoten. Im Ergebnis bedeutet das, dass die Studienberechtigten des Jahres 2012 nur zum kleineren Teil 2012 ein Studium beginnen, sich im Übrigen aber auf die Folgejahre 2013 bis etwa 2017 verteilen. Auch bei kritischer Betrachtung sind deshalb die 16.000 zusätzlichen Studienanfängerplätze, die die Landesregierung bis 2012 einrichten wird, ausreichend, um

die Studienchancen der jungen Generation in den nächsten zehn Jahren sicherzustellen.

Mit der Bezeichnung "Studienanfängerplätze" wird beschrieben, wie hoch die Zahl der Studienanfänger ist, die jedes einzelne Jahr aufgenommen werden können. Mit 16.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen können also ab 2012 **jedes Jahr jeweils 16.000 zusätzliche Studienbewerber** aufgenommen werden. Die Dimension dieses Ausbaus ist gewaltig: Alle Fachhochschulen Baden-Württembergs zusammen verfügten 2007 über etwa 15.000 Studienanfängerplätze.

2.) Ausbau über alle Hochschularten hinweg

Von den Anforderungen des Arbeitsmarktes her gesehen, zeichnet sich im Augenblick der stärkste Bedarf bei den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften ab. Deshalb liegt ein Schwerpunkt der ersten Ausbautranche in den Jahren 2007/2008 bei diesen Fächergruppen. Priorität haben aus diesem Grunde in der ersten Tranche auch Erweiterungen des Studienangebots an Fachhochschulen und Berufsakademien. Bei den Berufsakademien bildet die Zahl der angebotenen Plätze real den bestehenden Bedarf an jungen Mitarbeitern ab, da jeder Bewerber an einer Berufsakademie bereits über einen Ausbildungsvertrag in einem Wirtschaftsunternehmen verfügt. In den Ausbau ist das gesamte Fächerspektrum der Berufsakademien (Technik - Wirtschaft - Sozialwesen) einbezogen. Das duale Ausbildungsprinzip sichert einen unmittelbaren Bezug zur beruflichen Praxis. In der Regel werden fast alle Absolventen später vom ausbildenden Unternehmen übernommen.

Auch bei den Fachhochschulen wird das ganze Spektrum der Studienangebote berücksichtigt, weil die Berufsaussichten günstig sind. Der Anteil des Ausbaus bei den Universitäten liegt dagegen in der ersten Ausbaustufe unseres Landesprogramms unter 25 Prozent. Bereits in der zweiten Tranche rechnen wir jedoch mit einem Anstieg der Ausbauangebote der Universitäten und damit auch mit Vorschlägen, die stärker in die Breite des bestehenden Fächerangebots gehen.

Die Ausbaumaßnahmen im Rahmen des Programms "Hochschule 2012" werden zusätzlich zum bereits bestehenden Studienangebot umgesetzt. Das bereits an den Landeshochschulen bestehende Studienangebot steht also weiterhin zur Verfügung und kann von Studieninteressierten wahrgenommen werden. Die zusätzlich bereitgestellten Landesmittel würden nicht ausreichen, um flächendeckend das komplette Studienangebot aufzustocken. Das ist auch nicht erforderlich, da in vielen universitären Studiengängen noch Kapazitätsreserven vorhanden sind, die noch aufgefüllt werden können. Ein verantwortlicher Umgang mit den zusätzlich bereitgestellten Landesmitteln für Ausbaumaßnahmen erfordert eine Orientierung des Mitteleinsatzes am Bedarf des Arbeitsmarktes. Niemand würde es nachvollziehen können, wenn in Zeiten knapper Mittel Studienangebote ausgebaut würden, deren Absolventen unsichere Berufspers-

spektiven haben. Aus diesem Grunde bleibt die Arbeitsmarktorientierung der Ausbaumaßnahmen die oberste Priorität bei den Ausbauentscheidungen des Landes.

3.) Bereitstellung geeigneter Studienbedingungen

Für die Umsetzung des Landesprogramms "Hochschule 2012" stellt die Landesregierung zusätzliche Mittel zur Verfügung, die 2007 bei 20 Mio. Euro und 2008 bei 40 Mio. Euro lagen bzw. liegen. Ab dem Jahre 2012 sollen jährlich 150 Mio. Euro zur Sicherstellung des Studienplatzausbaus bereitgestellt werden. Das Gesamtausbauvolumen des Landes Baden-Württemberg wird deshalb mittelfristig den Betrag von 1 Mrd. Euro nach aller Voraussicht überschreiten. Darüber hinaus haben sich die Hochschulen und Berufsakademien

- u. a. im Solidarpakt II - dazu verpflichtet, einen Eigenbeitrag zur Bewältigung der steigenden Studiennachfrage zu leisten. Die Landesfinanzierung ist gewährleistet und in der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes festgelegt, die Studienbedingungen sind also nachhaltig gesichert.

4.) Masterstudienplätze

Nach der Umstellung auf das gestufte Studiensystem mit seinen Abschlüssen Bachelor und Master ist der Regelabschluss eines Hochschulstudiums der Bachelorabschluss. Die Akzeptanz der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt steigt stetig, als Beispiel sei hier nur auf die Aktion "Bachelor Welcome" des Stifterverbands der Deutschen Wirtschaft verwiesen. Auch die aktuelle Presseberichterstattung belegt, dass der Bachelor zwischenzeitlich in den Unternehmen akzeptiert, ja gefordert wird.

Da zunächst dafür Sorge zu tragen ist, dass die Studienberechtigten der kommenden Jahre und vor allem des doppelten Abiturjahrgangs 2012 ohne Zeitverlust unmittelbar im Anschluss an ihre Schulausbildung einen Studienplatz in einem berufsqualifizierenden Studium erhalten, ist nicht die Einrichtung von Masterstudiengängen Gegenstand des Ausbauprogramms "Hochschule 2012", sondern ausschließlich die Erweiterung der Studienanfängerplatzkapazität in den Bachelorstudiengängen.

Die Einrichtung einer ausreichend großen Zahl an Masterstudienplätzen ist sicher ein wichtiges hochschulpolitisches Ziel. Derzeit besteht jedoch noch kein Handlungsbedarf, da die an den Hochschulen angebotenen Masterstudienplätze bei weitem nicht ausgelastet sind.

5.) Fortschreibung des Masterplans "Hochschule 2012"

Der Ausbau des Studienangebots in Baden-Württemberg erfolgt in drei Tranchen, womit die erforderliche Flexibilität des Programms gewährleistet ist. Der vorgelegte Entwurf eines Masterplans bildet nicht den Abschluss einer Diskussion über den Ausbau, sondern den Beginn eines Dialogs, der kontinuierlich zur Konkretisierung der weiteren

Ausbauschritte im engen Kontakt zwischen Landespolitik, Beschäftigungssystem und Hochschulen fortgeführt wird. Mit dem vorgesehenen Ausbau von 16.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen bis zum Jahre 2012 kann nach Einschätzung der Landesregierung die bis zu diesem Zeitpunkt zu erwartende steigende studentische Nachfrage befriedigt werden. Aus heutiger Sicht sind deshalb keine Korrekturen an den im Masterplan festgehaltenen planerischen Überlegungen notwendig. Jede Planung verlangt eine zeitnahe Aktualisierung und Nachjustierung. Dies ist mit dem angesprochenen Verfahren gewährleistet.

Die ersten zusätzlichen Studienanfängerplätze wurden planmäßig bereits zum Wintersemester 2007/2008 eingerichtet - insgesamt rund 3.000 zusätzliche Studienanfängerplätze. Weitere ca. 3.000 zusätzliche Studienanfängerplätze folgen zum Wintersemester 2008/2009, so dass bereits ab dem kommenden Wintersemester jährlich insgesamt 6.000 zusätzliche Studienanfänger ein Studium an den Landeshochschulen beginnen können. Die Vorbereitungen für den Ausbau im Jahr 2009 um weitere 3.000 zusätzliche Studienanfängerplätze laufen derzeit auf Hochtouren.

6.) Programme zur Studienorientierung und -beratung

Eine sinnvolle und fundierte Studienwahl ist entscheidend für den Studienerfolg und hilft, einen Studienabbruch zu vermeiden. Deshalb hat die Landesregierung im Juni 2007 die Kampagne "Gscheit studiert - Studieninfo - B-W" gestartet. Die Zahl der Studienabbrüche soll damit mittelfristig gesenkt werden. Zur Koordinierung der vielfältigen Maßnahmen und Akteure dient die Servicestelle Studieninformation, -orientierung und -beratung (SIOB) im Wissenschaftsministerium. Wesentliche Säulen der Studieninformation sind dabei die Internetplattform www.studieninfo-bw.de, verschiedene Print-Publikationen, die Fortbildung der Studienorientierungslehrer an den Schulen sowie die Ausbildung von Studierenden der Hochschulen und Berufsakademien im Land zu Studienbotschaftern.

Großen Anteil am Erfolg der Kampagne haben die Studienbotschafter aus dem Kreis der Studierenden. Diese vermitteln Informationen über die Studienfachwahl und das Studieren aus erster Hand und schaffen den Schülerinnen und Schülern so einen direkten Zugang zur Thematik. Seit dem Start des Projekts im September 2007 sind rund 100 Studierende in Workshops zu Studienbotschaftern ausgebildet worden. Diese haben bislang nahezu 160 Studieninformationsveranstaltungen an Schulen im Land bestritten. Da die Nachfrage bei den insgesamt 600 allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien im Land unvermindert anhält, wird dieses Angebot an den Schulen weiter ausgebaut.

Zugleich arbeitet die Servicestelle Studieninformation, -orientierung und -beratung auch an der Entwicklung von Studienorientierungstests. Ab 2011 sind diese im Land vorgeschrieben. Die Ausarbeitung der Konzepte hierzu erfolgt in Arbeitsgruppen, deren Vertreter aus den Hochschulen und dem Ministerium angehören.

Auf Initiative von SIOB sollen die Aktivitäten der Studieninformation und -orientierung bis Mitte 2009 umfassend evaluiert werden. Eine Basisbefragung von 1.800 Schülerinnen und Schülern ergab wenige Monate nach dem Start von "Gscheit studiert" schon gute Werte für die Bekanntheit und Nutzung der Studieninformationsmedien. Deutlich wurde, dass die Maßnahmen und Veranstaltungen der Studienorientierung großen Anklang bei Schülern, Lehrern und Eltern finden. Aufgrund der bisher sehr positiven Erfahrungen ist ein Ausbau der Kampagne "Gscheit studiert - Studieninfo B-W" vorgesehen:

- Die Publikationen werden weitere Informationen zur individuell passenden Studienwahl anbieten (z. B. Studiertests).
- Die Elternschaft an Schulen soll stärker - z. B. durch Publikationen - in die Studieninformation einbezogen werden.
- Die vom Wissenschaftsministerium im Rahmen des Programms "Schülerinnen forschen - Einblicke in Naturwissenschaft und Technik" geförderten Projekte (Start Sommer 2008) sollen im Rahmen der Kampagne "Gscheit studiert" publiziert und unterstützt werden.

7.) Studienanfänger in anderen Ländern/Bund-Länder-Programm "Hochschul-pakt 2020":

Es ist wenig zielführend, die Studienanfängerzahlen einzelner Länder bilateral gegeneinander aufzurechnen. Die mit den steigenden Studierendenzahlen verbundenen Herausforderungen können nur im bundesweiten Miteinander der Länder bewältigt werden. Aus diesem Grunde fördert der Bund mit dem Bund-Länder-Programm "Hochschul-pakt 2020" mit erheblichem Finanzaufwand die Aufnahme von bundesweit zunächst (bis 2010) rund 91.000 zusätzlichen Studienanfängern im Vergleich zum Bezugsjahr 2005. In den neuen Bundesländern, in denen sich ein Rückgang bei den Studienberechtigten abzeichnet, werden die Bundesmittel zum Erhalt der vorhandenen Kapazitäten eingesetzt. Im Übrigen sind andere - unionsregierte - Länder (z. B. Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) dem Beispiel Baden-Württembergs inzwischen gefolgt und bauen mit hohem finanziellen Aufwand ihre Studienangebote umfassend aus. Entsprechende Informationen hierzu finden Sie auf den Homepages der jeweils zuständigen Landesministerien.

Die Programmlaufzeit der ersten Stufe des Bund-Länder-Programms "Hochschul-pakt 2020" ist formal bis zum Jahr 2010 begrenzt. Eine Verlängerung des Hochschulpakts über das Jahr 2010 hinaus ist jedoch in § 7 des Hochschulpakts bereits fest verankert.

8.) Studentischer Wohnraum

Aufgrund der steigenden Studierendenzahlen ist auch mit einer stärkeren Nachfrage nach studentischem Wohnraum zu rechnen. Die Studentenwerke haben dies im Blick

und erhöhen ihre Wohnplatzkapazitäten bereits im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Dabei ist es Sache der Studentenwerke, abhängig von den örtlichen Verhältnissen zu entscheiden, ob sie Neubauten errichten, bestehende Gebäude erwerben oder Wohnraum von Dritten anmieten. Darüber hinaus vermitteln die Studentenwerke auch Privatzimmer an wohnungssuchende Studierende.

Das Land unterstützt die Studentenwerke bei Neubauten sowie beim Erwerb von Gebäuden mit Zuschüssen (max. 20 Prozent der Gesamtbaukosten aus max. 35.000 Euro/Bettplatz). In den Jahren 2003 bis 2007 hat das Land die Studentenwerke beim Bau/Erwerb von studentischem Wohnraum mit knapp 20,5 Mio. Euro gefördert.

Insbesondere zur Abfederung der Spitzen des doppelten Abiturjahrganges werden flexible Lösungen erforderlich sein. Hier scheinen vor allem Anmietungen von Dritten sinnvoll. Neubauten mit einer Landesförderung bei in der Regel 50-jähriger Belegungsbindung sind hierzu weniger geeignet. In Einzelfällen stellen Studentenwerke auch Überlegungen an, neuen Wohnraum ohne Landesförderung - und damit ohne Belegungsbindung - zu errichten und diesen dann bei sinkender Nachfrage auf dem freien Markt zu veräußern.

Die Wohnraumsituation gestaltete sich zum 31.12.2006 wie folgt: Insgesamt standen 27.500 vom Studentenwerk bewirtschaftete Wohnplätze für die Studierenden zur Verfügung. Gegenüber dem Jahr 2005 konnten die Wohnplatzkapazitäten um über 500 Wohnplätze erhöht werden. Außerdem konnten durch die Studentenwerke im Jahr 2006 rund 10.000 Privatzimmer an Studierende vermittelt werden. (Die Zahlen für das Jahr 2007 liegen noch nicht vor.) In Freiburg konnte im letzten Jahr ein vom Studentenwerk errichtetes Wohnheim mit 160 Wohnplätzen bezogen werden, ein weiteres Projekt ist in Umsetzung. In Heidelberg konnte ein Wohnheim mit 76 Wohnplätzen bezogen werden; weitere Neubaumaßnahmen sollen realisiert werden. In Tübingen befindet sich ein Projekt mit rund 60 Wohnplätzen in Umsetzung.

9.) Ausbildungsplätze in der privaten Wirtschaft

Die Hochschulen und Berufsakademien des Landes Baden-Württemberg sind durch das Landesausbauprogramm "Hochschule 2012" gut auf den doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2012 vorbereitet. Mit dem Ausbauprogramm wird sichergestellt, dass die wachsende Zahl von Studienberechtigten, die die Schule in dieser Zeit verlassen, die gleichen Chancen zur Aufnahme eines Studiums haben, wie die bisherigen Schulabsolventen. Durch den Ausbau der Hochschulen und Berufsakademien wird die hohe Qualität der Studiengänge an den Landeseinrichtungen auch weiterhin gewährleistet. Die eingeleiteten Ausbaumaßnahmen stellen ein ausreichendes Studienangebot für alle Studieninteressierten sicher und vermeiden so einen eventuellen Verdrängungseffekt in die Ausbildungsberufe. Damit sichert das Ausbauprogramm "Hochschule 2012" auch die Ausbildungschancen von Haupt- und Realschülern.

Laut Auskunft des Wirtschaftsministeriums ist eine Bedarfsberechnung schwierig, da eine Übergangsquote von Abiturienten in eine berufliche Ausbildung statistisch nicht ausgewiesen wird. Um trotzdem eine Bedarfsschätzung vorzunehmen, kann nach Angaben des Statistischen Landesamts eine Übergangsquote von rund 18 Prozent angenommen werden. Daraus ergäbe sich ein zusätzlicher Bedarf von rund 3.600 Ausbildungsplätzen in Baden-Württemberg. Auch mit einer erhöhten Nachfrage nach Praktikumsplätzen ist zu rechnen. Anders als im Hochschulbereich kann das Land die Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze nicht unmittelbar beeinflussen. Ausbildungsplätze werden durch die Wirtschaft bereitgestellt. Das Einstellungs- und Ausbildungsverhalten der Betriebe ist in erster Linie von der konjunkturellen Entwicklung abhängig. Da eine langfristige Vorhersage über die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2012 nicht möglich ist, können seriöse Aussagen von Betrieben über ihr Ausbildungsverhalten im Jahr 2012 zum jetzigen Zeitpunkt nicht erwartet werden. Weitere Auskünfte zur Frage der Entwicklung der Ausbildungsplätze in der beruflichen Bildung erteilt Ihnen sicherlich gerne das Wirtschaftsministerium.

IMA 2008

Weitere Folgefragen des doppelten Abiturjahrgangs 2012 wie Verdrängungsprozesse zulasten von Real- und Hauptschülern beim Wettbewerb um Ausbildungsplätze im Dualen System, Auswirkungen auf die Zahl der Ausbildungsplätze und auf die duale Ausbildung sowie auf Wehr- und Zivildienst sowie das freiwillige soziale Jahr und das freiwillige ökologische Jahr werden derzeit in einer IMA (Interministeriellen Arbeitsgruppe) aus Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Sozialministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, des Umweltministeriums, des Ministeriums für den Ländlichen Raum sowie des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport geklärt.